

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil: die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil: die Seite 65 Goldpfennige

**Auf Sammelanzeigen** kommen 50% Zuschlag

**Für Platzvorschriften** kann keine Gewähr übernommen werden

**Geriichtsstand** für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

**Schluss der Anzeigenannahme** 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 278

Donnerstag, den 27. November 1930

Jahrgang 103

## Schluss der Aussprache mit den Parteiführern

Der Kanzler berichtet heute im Kabinett über das Ergebnis — Die Notverordnung unvermeidlich?

U. Berlin, 27. Nov. Der Reichskanzler schloß gestern abend seine informativischen Besprechungen mit den Parteien ab. Am Mittwoch empfing er den Führer der Deutschnationalen, Geheimrat Eugen Berg, anschließend die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Müller-Franken, Silberding, Herz und Breitscheid, sowie den volksparteilichen Führer Abg. Dingeldey und den Führer der W.P., den Abg. Leicht. In einer Kabinettsitzung, für die der heutige Donnerstag in Aussicht genommen ist, wird der Reichskanzler über die Ergebnisse seiner innerpolitischen Besprechungen berichten. Das Reichskabinett dürfte sich dann darüber schlüssig werden, welche weiteren Schritte es ergreift.

In politischen Kreisen wird angenommen, daß die Regierung keine andere Möglichkeit haben wird, als Ende der Woche das gesamte Programm einschließlich der Agrarreform durch Notverordnungen in Kraft zu setzen und damit zunächst über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Mehrheitsverhältnisse bleiben freilich nach dem Abschwenken der Wirtschaftspartei, der auch die Landvolkpartei gefolgt ist, etwas unsicher. Ganz unsicher einem eventuellen Misstrauensvotum gegenüber, denn auch hier wäre zur Ablehnung die Zustimmung der Sozialdemokraten nötig.

### Die Wünsche der Sozialdemokraten.

Zu den Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Abänderung der Notverordnung vom 26. Juli und des Finanzprogramms der Regierung berichtet der „Vorwärts“, daß diese Besprechungen noch nicht abgeschlossen seien. Sie werden voraussichtlich heute fortgesetzt und zu Ende geführt werden. Im Verlauf der bisher mit der Sozialdemokratie geführten Besprechungen habe die Regierung den ersten Willen zur Durchsetzung ihres Finanzprogramms auf parlamentarischem Wege erkennen lassen. Wie verlautet, haben die sozialdemokratischen Unterhändler in der Besprechung mit dem Reichskanzler erneut auf die Frage der alten Notverordnung vom 26. Juli zurückgegriffen.

Sie trugen hierbei zu der Notverordnung betr. die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung neue Wünsche vor, über die ein Ergebnis noch nicht erzielt worden ist. Nach Auffassung der Regierung ist in der Frage der Krankenversicherung ein Entgegenkommen an die sozialdemokratischen Wünsche insofern möglich, als sowohl für die langfristigen Erwerbslosen wie für die Tuberkulosekranken die Krankenschuld von 50 Pfa. gestrichen werden soll. Anderweitige sozialdemokratische Wünsche hat die Reichsregierung jedoch abgelehnt.

### Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hält allgemeine Tarifermäßigung für unmöglich.

Die Reichsbahngesellschaft teilt mit: Am 24. und 25. November tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin. Einen Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Frage, wie weit und in welcher Weise die Reichsbahn bei dem Preisabbauprogramm der Reichsregierung durch Senkung der Tarife helfen kann. Eine allgemeine Tarifermäßigung zur Zeit zu genehmigen, sieht sich der Verwaltungsrat nicht in der Lage, da die damit verbundenen Mindereinnahmen dazu zwingen würden, so scharfe Drosselungen bei der notwendigen Beschaffung von Schienen und Wagen sowie bei der Ausführung von Bauten vorzunehmen, die weder vom Standpunkt der Betriebssicherheit noch von dem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tragbar wären. Die Senkung von einzelnen Tarifen wird schon bisher, soweit es die Finanzlage irgend gestattet, dauernd durch Ausnahmetarife vorgenommen, um Produktion und Arbeitsmarkt zu befruchten.

### Die Bankzinsen sollen gesenkt werden.

Der Preisausschuß des Reichskabinetts wird sich voraussichtlich Ende der Woche mit Erwägungen befassen, wie sich eine Senkung der Bankzinsen herbeiführen ließe. Mit den Spitzen der Banken und Sparkassen dürfte laut „Frankfurter Zeitung“ eine gewisse Fühlungnahme schon erfolgt sein.

## Tages-Spiegel

Der Reichskanzler hat gestern nach Empfang der Fraktionsführer der Deutschnationalen, der Volkspartei, der Sozialdemokratie und der Bayerischen Volkspartei die Aussprache mit den Parteien abgeschlossen.

Die Lage des Kabinetts Brünning hat sich dadurch weiter verschärft, daß nunmehr auch die Landvolkpartei, dem Vorgehen der Wirtschaftspartei folgend, die Gesellschafft ausgesagt hat.

In Regierungskreisen glaubt man, daß das Sanierungsprogramm durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden muß.

Die Reichsregierung hat gestern abend ihre Protestnote gegen den polnischen Terror in Oberschlesien an den Völkerbund gesandt. Man erwartet eine außerordentliche Ratstagung.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn lehnte eine allgemeine Tarifsenkung im Rahmen des Preisabbaues ab.

Der württembergische Landtag verwies gestern die Bürgersteuer und die Landesgebührenordnung an den Finanzausschuß.

## Ein Kontrollauschuß für die Abrüstung

U. Genf, 27. Nov. Der Abrüstungsausschuß hat am Mittwoch zum Kapitel „Organisation“ die Bildung eines ständigen Kontrollauschusses beschlossen, der die Durchführung des Abrüstungsabkommens überwachen soll. Ueber die Befugnisse dieses Ausschusses gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Dem Ausschuß soll u. a. die Prüfung der Klagen über die Nichterfüllung des Abrüstungsabkommens obliegen. Während die Großmächte fordern, daß der Ausschuß in erster Linie aus Vertretern der ständigen Mächte, sowie der Vereinigten Staaten zusammengesetzt werden soll, verlangen die kleineren Mächte die Vertretung aller vertragsschließenden Staaten im Ausschuß. Der Kontrollauschuß soll aus unabhängigen und unabherrschbaren Persönlichkeiten zusammengesetzt sein; er soll seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit fassen. Eine besondere Rolle soll der Ausschuß spielen, wenn eine Macht von den Ausnahmemaßnahmen Gebrauch macht und unter Hinweis auf die bedrohte nationale Sicherheit zu neuen Rüstungen schreitet. In diesem Fall muß die betreffende Macht dem Ausschuß sofort ihre Maßnahmen bekannt geben. Die französische Abordnung trat für eine Beschränkung der Nachbefugnisse des Ausschusses lediglich auf technische Fragen ein.

Der Abrüstungsausschuß nahm sodann mit 23 gegen die Stimme Sowjetrußlands bei deutscher Stimmenthaltung die Beschlusserklärung an, nach der jede Macht im Falle der sogenannten „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ das Abkommen für sich außer Kraft treten lassen kann. Weiter wurde die Bestimmung angenommen, daß jeder Bruch des Abkommens als eine alle vertragsschließenden Staaten interessierende Angelegenheit anzusehen sei.

## Zugentgleisung in Italien

U. Mailand, 27. Nov. Ein Zug der elektrischen Ueberlandlinie in der Provinz Ancona entgleiste in einer Kurve. Er durchbrach eine Mauer und stürzte aus 10 Meter Höhe auf ein Gebäude. 7 Personen wurden getötet und 11 verwundet.

## Erdbebenkatastrophe in Mitteljapan

U. Tokio, 27. Nov. Mitteljapan wurde in der Mittelnacht von einem schweren Erdbeben heimgesucht, das bis Osaka hin verspürt wurde. Im Mittelpunkt des Bebens lagen die Städte Numazu und Mishima. Nach amtlichen Mitteilungen sind im Erdbebengebiet 291 Personen getötet worden, 655 Häuser wurden zerstört und rund 4500 beschädigt.

Auf der Halbinsel Izu wurden viele Dörfer verwüstet, Straßen und Eisenbahnlinien sind stellenweise zerstört. Von dem Ort Galonemachi, der bereits bei dem Erdbeben im Jahre 1923 vollkommen verwüstet wurde, sind nur 4 Häuser übrig geblieben. Der Badeort Ito steht noch in Flammen. In dem im Bau befindlichen Tunnel bei Niimi wurden 5 Arbeiter verschüttet. In Niimi zerstörte das Erdbeben ein Kinderheim. 2 Kinder wurden getötet. Aus dem südlichen Teil der Insel Sagalin werden gleichfalls starke Erdstöße gemeldet.

Auch in Tokio, das etwa 160 Kilometer vom Zentrum des Erdbebens entfernt liegt, sowie in Yokohama wurden heftige Erdstöße verspürt. Der Vulkan Merapi auf Java zeigt seit Sonntag erneute Tätigkeit. Ein gewaltiger Strom von Lava ergießt sich aus dem Vulkan.

## Die polnischen Terrorakte in Schlesien

### Die Beschwerdennote der Reichsregierung an den Völkerbund nach Genf abgehandelt

U. Berlin, 27. Nov. Das Reichskabinett trat am Mittwoch abend um 1/2 9 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der die deutsche Note an den Völkerbund wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien besprochen wurde. Der Note liegt das umfangreiche Material zugrunde, das der deutsche Generalkonsul von Grünau der Reichsregierung übermitteln hat. Die deutsche Protestnote dürfte voraussichtlich am Freitag vormittag nach ihrem Eintreffen in Genf veröffentlicht werden. Sie dürfte umfangreiches Material über den unglaublichen Terror in Ost-Oberschlesien enthalten, das die Behauptungen des polnischen Innenministeriums, daß die Ausschreitungen der polnischen Bevölkerung gegen die deutsche Minderheit auf die deutsche Politik zurückzuführen sei, gänzlich widerlegt.

Die Sitzung des Reichskabinetts, in der über die deutsche Note an den Völkerbund wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien beraten wurde, dauerte bis gegen Mitternacht an. Ein amtlicher Bericht wurde nicht ausgegeben.

### Wie sich die Polen herausreden wollen.

Das polnische Außenministerium veröffentlichte zu den Ausschreitungen gegen die Deutschen in Ost-Oberschlesien eine Erklärung, daß die Behörden Ruhe und Sicherheit während des Wahlfeldzuges und bei der Wahl selbst gewährleistet hätten. Lediglich in einigen Ortschaften, so heißt es in der Erklärung, sei „infolge allzu eifriger Wahlagitation“ die Ruhe gestört worden. Die Aufgaben der polnischen Behörden, so sagt die Erklärung weiter, würden durch die verleumderische Propaganda einiger Auslandsblätter, die die deutsch-polnischen Beziehungen fören wollten, erschwert. Die polnische Öffentlichkeit sei seit einiger Zeit durch den Neuforschungsstand einiger deutscher Faktoren und durch die Nachrichten von Ueberfällen auf Polen (?) und deren Wohnungen und Schulen (?) jenseits der Grenzen beunruhigt.

Die Erklärung der polnischen Regierung zu den Ausschreitungen in Ost-Oberschlesien erregt bei der deutschen Minderheit allgemeine Entrüstung. Die Darstellung muß entschieden zurückgewiesen werden. Es erscheint geradezu als Hohn, wenn behauptet wird, daß die Behörden Ruhe und Sicherheit während des Wahlfeldzuges gewährleistet hätten. Das Gegenteil ist der Fall: Die Polizei hat

keine Hand gerührt, um die Deutschen vor den Gewalttaten zu schützen.

Wie schon verlautet, hat Außenminister Galecki, offenbar im Zusammenhang mit den Vorfällen in Oberschlesien, den Präsidenten der Gemischten Kommission in Kattowitz, Calonder, nach Warschau eingeladen. Calonder dürfte am Freitag in Warschau eintreffen.

### Ein bedauerlicher Mißgriff.

Der Präsident der gemischten Kommission Calonder hat der Presse folgende Erklärung übergeben: In der Presse ist ein an mich gerichteter offener Brief veröffentlicht worden, der deutscher Verbände veröffentlicht worden. Ich sehe mich nicht veranlaßt, darauf irgend etwas zu antworten. Die deutsche und die polnische Minderheit haben auf meinen Schutz stets zählen können. Im gleichen Schreiben werde ich ersucht, dahin zu wirken, daß Polnisch-Oberschlesien an Deutschland zurückgegeben werde. Diese das Pflichtgefühl des Präsidenten der gemischten Kommission verletzende Zumutung weise ich mit Entrüstung zurück. Die jetzige Grenze ist selbstverständlich Grundlage meiner Mission.

Wie der Krakauer Kurier meldet, ist der polnische Staatsvertreter bei der gemischten Kommission, Sotchiowski, bevollmächtigt worden, beim Präsidenten Calonder vorstellig zu werden, da der Stellvertreter der deutschen Reichsregierung, v. Illgen, die Prüfung der Hohenbirkener Vorfälle durchgeführt habe, ohne Rücksicht darauf, daß die Angelegenheit noch schwebt. Das stehe im Widerspruch zu Art. 61 der Genfer Konvention.

### Erregung in Oberschlesien.

Aus Gleiwitz wird berichtet: Angesichts der Empörung der Bevölkerung über die polnischen Ausschreitungen in Ost-Oberschlesien hat der Polizeipräsident in Gleiwitz unter dem 26. November einen Aufruf an die Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebietes erlassen, in dem er dringend bittet, in keinem Fall zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gegen die polnisch gesinnte Bevölkerung oder polnische Staatsangehörige sich hinreißen zu lassen, da jede derartige Handlung den Erfolg der von der Regierung zu unternehmenden Schritte auf das schwerste gefährde und vor allem unsere Volksgenossen jenseits der Grenze immer wieder in Gefahr bringe.

... wie hätten  
... vielleicht die  
... Die Bemerkung  
... zu stellen be-  
... da beide Der-  
... Berichterstatt-  
... ist war, Wie-  
... diesen Teil

... hält,  
... !

... eninos  
... denen Holz-  
... und günstig

... 268.41/42  
... er mit dem  
... und unsere

... 27. Novem-  
... kett

... iger jun-  
... ächtiger  
... und gut-  
... ter hoch-  
... e schönes

... einladet  
... telefon 245.

... Lager  
... in jedes  
... Möbel  
... W u n s c h  
... fertigt

... aturen  
... gt bei  
... Speziermstr.

... über  
... der  
... raturen  
... idmaier,  
... ätte b. d. Post

... eine Abnahme  
... oder bei an-  
... arbeit eine Er-  
... Augen spüren,  
... sie das seit 120  
... rte

... enwasser  
... uf für Calwa  
... gerie b. Adler  
... TOWSKI

... rmehl  
... ffen.

... . L u b .

... treste  
... n, auch selbst  
... rekte  
... erwänsche sind

... , Zwinger 41

## Schacht über Reparationen und Wirtschaftskrise

21. New York, 26. Nov. Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht schloß seine Aufklärungskampagne in den Vereinigten Staaten mit einer überaus wirkungsvollen Rede im Economic-Club of New York ab, dem die hervorragendsten Wirtschaftsführer der amerikanischen Handelsmetropole angehören. Einleitend betonte Schacht, daß er während seiner großen Reise durch die Vereinigten Staaten ein wachsendes Interesse des amerikanischen Volkes für die Reparationsfrage angetroffen habe. Die Amerikaner fühlten mehr und mehr, daß die unerledigten Fragen aus der Kriegszeit eine ständige Bedrohung der Weltprosperität darstellten. Der Youngplan habe die völlige Ausschaltung der Politik und die Lösung der Reparationsfrage durch wirtschaftliche Mittel empfohlen. „Militärischer oder politischer Druck kann nicht Geld schaffen, sondern nur verschwenden.“ Der Youngplan habe ferner durch Einsetzung des ständigen beratenden Ausschusses die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Ausgleiches geschaffen. Man sei ferner in Amerika darin einig gewesen, daß Deutschland nur aus Ausfuhrüberschüssen zahlen könne und daß die Reparationsfrage kein rein deutsches Problem sei, sondern alle beteiligten Mächte angehe.

An Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials wies Schacht nach, daß Deutschland seine bisherigen Leistungen aus schließlich mit geliehenen Geldern bestritten habe. Die wachsenden nationalistischen und schützamerikanischen Tendenzen in der ganzen Welt machten es Deutschland noch schwerer, Ausfuhrüberschüsse zu erzielen. Weder die Gläubigermächte noch die V. V. hätten bisher etwas getan, um die Weltabzählmärkte zu entwickeln. Andererseits schaffe der ständig sinkende Lebensstandard des deutschen Volkes ernste Gefahren sozialer Art, denn es sei zweifelhaft, ob die breiten Volksmassen nicht dagegen rebellieren würden, für die Reparationsleistungen Steuern zahlen zu müssen. Gegen Zweifelhaft sei es, ob die bisher geübte Methode, politische Schulden mit Privatanzahlungen zu begleichen, ausländische Geldgeber anreizen könne, Deutschland weitere Kapitalien zur Verfügung zu stellen. Ohne gemeinsame internationale Wirtschaftspolitik, die eine Steigerung der Warenausfuhr zum Ziele habe, sei die Fortführung der Reparationszahlungen unmöglich.

Schacht erklärte ferner: Ich verlange nicht die Einstellung der Reparationszahlungen. Sie werden vielmehr automatisch aufhören. Ich verlange kein Mißgefühl, sondern setze Ihnen die gegenwärtige Lage, wie ich sie sehe, auseinander. Ich schlage keine Schuldentilgung vor. Die interalliierten Schulden sind von den Reparationszahlungen völlig verschieden, da die Alliierten von ihren Geldgebern wirklich Geld erhalten haben, während Deutschlands Zahlungen lediglich Tribute sind. Das geliehene Geld habe den Alliierten geholfen, den Krieg zu gewinnen und mehr als 15 Milliarden Dollar in bar oder Sachwerten von Deutschland zu erpressen.

Der Krieg habe nahezu 220 Milliarden Dollar verschlungen. Es sei ebenso absurd, die Unruhe in der Welt zu erhalten, um weitere 10 Milliarden Dollar von einem Mitgliede der internationalen Kulturgemeinschaft zu erpressen, wie es lächerlich sei, der Welt die Wahrheit vorzuenthalten.

In der anschließenden Ansprache wies Schacht erneut darauf hin, daß es lediglich eine Frage der Organisation sei, durch Erschließung neuer Absatzmärkte die Weltwirtschaftskrise zu beheben. Der Protektionismus sei das größte Hindernis für die Entwicklung des Großhandels. Denn der Verkäufer könne auf die Dauer keine Waren absetzen, wenn er den Käufer nicht prosperieren lasse.

## Deutschenverhaftungen in Ostoberschlesien

21. Berlin, 26. Nov. Nach einer Meldung aus Katowitz hatte der Pastor Harßinger in Gegenwart des Kirchenpräsidenten Hof-Breslau eine etwa halbstündige Unterredung mit Präsident Calonder. Dem Präsidenten wurde auch die Bitte unterbreitet, der deutschen evangelischen Gemeinde in Gulasowitz, wo es zu einem regelrechten Stra-

ßenkampf mit polnischen Aufständischen gekommen war, zu einem ausreichenden Schutz zu verhelfen. In Gulasowitz sind inzwischen 30 Personen, darunter der Küster und Organist, verhaftet worden. Diese wurden zunächst im Keller der Polizeikommandantur untergebracht. In der Stadt sind von den Aufständischen gestellte Wachen aufgezogen.

## Ein Schuldbekennnis Polens

Berliner Blätter geben eine Meldung der polnischen Presse in Katowitz wieder, nach der der Gemeindevorsteher und der polnische Schulleiter in Hohenbirken wegen der Terrorakte gegen die deutsche Bevölkerung ihres Amtes enthoben wurden. Außerdem sollen bereits 13 Personen wegen Beteiligung an den Terrorakten festgenommen worden sein.

Die englische Zeitung „Manchester Guardian“ verlangt ein baldiges Einschreiten Englands beim Völkerbund zugunsten der Minderheiten in Polen. Es ist wirklich hohe Zeit, daß der Völkerbund ein lebhafteres Interesse für das vollständige Versagen der Minderheitenverträge zeige.

## Kriegsgefahr im Osten

Ueber die Lage in Polen schreibt ein deutscher Auslandsberichterstatler: Vor der Sejmwahl und am Abstimmungstage ließ Piłsudski alle Minen springen, um hinsichtlich des Korridors eine neue Lage zu schaffen: Rückgang der deutschen Stimmen. Das ist der Beginn eines polnischen Gewaltweges zur Lösung der Korridorfrage. Viermal führte Polen unter Leitung Piłsudskis im Verlauf der letzten zwölf Jahre Krieg ohne Rücksicht auf den Völkerbund, wenn seine unbefriedigende innere Lage eine außenpolitische Ablenkung nötig machte. In der Umgebung Piłsudskis spricht man bereits von einer Befestigung des Korridorproblems durch Einverleibung Ostpreußens und Danzigs nach dem Vorbild der „Eroberung“ des Wilnagebietes. Stehen wir vor einem neuen polnischen Krieg im Osten?

## Italien und Rußland

Halbanthliche Auslassungen zur Zusammenkunft Litwinow-Grandi.

21. Rom, 26. Nov. Die politische Auslegung, die gewisse Pariser und Genfer Kreise der Unterredung Litwinow mit Grandi gegeben haben, kann auf Grund ergänzender Auskünfte seitens der zuständigen Romer Stellen auf das gebührende Maß zurückgeführt werden. Die Unterredung der beiden Außenminister mag zwar alle möglichen Fragen berührt haben, im Mittelpunkt aber haben ausschließlich wirtschaftliche Fragen gestanden. Es wäre z. B. denkbar, daß man den italienisch-russischen Vertrag vom August d. J. zur Förderung der gegenwertigen Wirtschaftsbeziehungen nach den ersten Probemonaten nun zu erweitern beabsichtigt. Ohne Zweifel ist auch die Frage der russischen Getreideaufuhr und der Belieferung Italiens mit russischen Rohstoffen berührt worden.

Das dem italienischen Außenministerium nahestehende „Giornale d'Italia“ begrüßt die Unterredung zwischen Grandi und Litwinow als einen „Faktor der internationalen Klärung“. Die Regierungsform sei eine innere Angelegenheit eines jeden Staates. Rußland habe aber eine internationale Bedeutung, von der man sich Rechenschaft ablegen müsse. Eine Zusammenarbeit mit Rußland könne im nationalen und im internationalen Interesse nützlich oder notwendig sein. Die Grundzüge der italienisch-russischen Zusammenarbeit seien durch die gegenwertigen Wirtschaftslage beider Länder gegeben. Rußland sei eines der wichtigsten Rohstoffländer und seine Rohstoffe würden im Schwarzen Meer von keiner anderen Macht blockiert. (Anspielung auf die Blockademöglichkeit am Suezkanal und in Gibraltar!) Es sei also selbstverständlich, daß die italienische Wirtschaft eine enge Zusammenarbeit mit Rußland anstrebe, da die italienische Wirtschaft trotz des gewonnenen Krieges und infolge des schlechten Friedens von allen bedeutenden Rohstoffgebieten getrennt worden sei, im Gegensatz zu den Industrien der anderen Siegerstaaten.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wird der italienische Außenminister Grandi anfangs des nächsten Jahres nach Moskau reisen, um mit der Sowjetregierung persönlich zu verhandeln. Dieser Besuch Grandis soll bei der Unterredung mit Litwinow in Mailand besprochen worden sein.

## Hochverratsprozeß in Moskau

In Moskau begann die Verhandlung gegen die Mitglieder der sogenannten Industriepartei, die im September vorigen Jahres von der G. P. U. verhaftet worden sind. Die Anklage lautet auf planmäßige Schädlingarbeit, Unterhöhlung der Industrie und Zusammenarbeit mit einer fremden Macht (gemeint ist Frankreich) zur Herbeiführung eines Interventionskrieges gegen das bolschewistische Regime. Die Angeklagten sind sämtlich hervorragende Führer von Industriebetrieben und Organisationen. Es wird ihnen zur Last gelegt, eine Organisation zur Schädigung der Sowjetwirtschaft gegründet zu haben, um mit Hilfe Frankreichs den Sturz herbeizuführen. In der Anklageschrift werden u. a. die Namen Poincarés, Briands und dreier französischer Generalstabsoffiziere genannt, von denen die Angeklagten unterstützt worden seien.

## Schuldbekennnis der Moskauer Angeklagten?

Nach Moskauer Meldungen wurden am ersten Verhandlungstag des großen Hochverratsprozesses nach der Verlesung der Anklageschrift den Angeklagten die Frage vorgelegt, ob sie sich schuldig bekennen. Sämtliche Angeklagten hätten diese Frage bejaht und sich auch zu näheren Auskünften im Laufe der Verhandlung bereit erklärt. Wegen die Zusammensetzung des Gerichts hätte keiner der Angeklagten Einwendungen zu machen gehabt. Während der Verhandlung wurden große Kundgebungen veranstaltet. Arbeiter zogen am Gerichtsgebäude vorbei und forderten die Todesstrafe für die Angeklagten.

## Veränderungen im spanischen Kabinett

21. Madrid, 26. Nov. Der König hat am Dienstag folgende Veränderungen im spanischen Kabinett aufgegeben: Der bisherige Verkehrsminister Matos ist an Stelle von General Marzo zum Innenminister ernannt worden. Marzo kehrt in den Militärdienst zurück. Der Justizminister Estrada übernimmt das Verkehrsministerium. Zum Justizminister wurde der bisherige Unterstaatssekretär im Innenministerium Montes Jovellar ernannt. Die Veränderungen im Kabinett sind zum Teil auf die letzten Vorgänge im Lande zurückzuführen. Gleichzeitig können sie auch als Vorbereitung für die Wahlen angesehen werden, da das Innenministerium hierfür durch einen Politiker besetzt werden mußte.

## Die Arbeitslosigkeit im Reich

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. November ist das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, das regelmäßig um diese Jahreszeit einsetzt, in der ersten Hälfte des November annähernd in dem erwarteten Umfange eingetreten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um rund 100 000 auf 1 Million 661 Tausend 159 gestiegen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres die Zunahme rund 124 000 betrug. In der Krise unterstützung mit 597 618 Unterstützten ist ein Mehr von rund 27 100 zu verzeichnen (i. V. rund 6900). Damit haben die beiden Unterstützungsrichtungen zusammen eine Belastung von rund 2 Millionen 200 000 erreicht. Wie erwartet, ist die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahr zum ersten Male etwas zurückgegangen.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden bei den Arbeitsämtern ist um mehr als 280 000 angewachsen. Es wurden am 15. November rund 8 Millionen 484 Tausend Arbeitslose gezählt. Im ganzen läßt das Zahlenbild zusammen mit den Berichten der Landesarbeitsämter den Schluß zu, daß nach dem hohen Stand, den die Arbeitslosigkeit in den Saisonaußenberufen schon während dieses ganzen Jahres beibehalten hatte, nunmehr die weitere jahreszeitliche Verschlechterung in etwas milderer Form als sonst verläuft.

## Lilien auf dem Felde

Roman von Fr. Lehne.

### 2. Fortsetzung.

Sie unterdrückte ein Lächeln.

„Kennen Sie den Geheimrat?“

„Nur flüchtig; als ich meinen Besuch als Vertreter des Doktor Frühling machte, hatte ich den Vorzug, einige Worte mit dem Gewaltigen zu wechseln. Er ist ein bedeutender, ein hervorragender Mann! Ein König in seinem Reich, gnädiges Fräulein, ein König, der seinem Namen alle Ehre macht.“

„Ich verstehe Sie nicht, Herr Doktor.“

„Vermehren heißt er und handelt auch danach! Sein Besitz vermehrt, vergrößert sich täglich.“

Sie lachte in sich hinein.

„Sie sind sehr drollig, Herr Doktor.“

Doktor Rehsfeld ist mein Name“, sagte er, indem er sich verneigte. Er stand immer in einiger Entfernung von ihr, in ungezwungener Haltung an einem Baum gelehnt, während Astrid auf ihrem Baumstumpf sitzen geblieben war und die entblößten Füße unter dem Kleiderbaum verborgen hielt. Sie mußte sich über sich selbst wundern, daß sie sich in eine Unterhaltung mit dem ihr unbekanntem Herrn eingelassen hatte. Aber das Romantische machte ihr Spaß — wenn er geht, wer sie war! Seine Persönlichkeit übte ihr Interesse ein; etwas Frisches, Frohes, Freies atmete von ihm aus, das unbedingt für ihn einnehmen mußte. Er war sehr groß und breit, ein wahrer Hüne. Sein Gesicht hatte scharf geprägte Züge mit gerader Nase und energischem Munde, dessen Oberlippe von einem kurz geschnittenen dunkelblonden Bart beschattet wurde; ein kräftiger Durchzieher lief über seine rechte Wangen, und über dem linken Auge fiel ihr eine kleine Narbe auf. Der Blick seiner klugen Augen war scharf, durchdrin-

gend und dennoch voller Güte — der junge Arzt war ohne Zweifel eine bedeutende, vornehme und interessante Erscheinung. Und wie taktvoll und zurückhaltend er in seinem Benehmen war; keine weitere Frage von ihm nach dem Woher und Wohin, nachdem sie ihm im Anfang leicht ausweichend geantwortet hatte.

Er beugte sich zu seinem Hunde nieder, der zu seinen Füßen lag. „Nun, Juno, es wird wohl Zeit, daß wir an unsere Pflicht denken? Die Sprechstunde beginnt um neun Uhr!“ Der Hund sprang an ihm empor. „Ja, ja, es ist schon gut.“ Und lieblos fraulte er ihm den Kopf.

„Wenn gnädiges Fräulein sich meinem Schutz anvertrauen wollen, so werde ich einstweilen vorausgehen und Sie dort an der Ecke erwarten.“

„Hättest du Astrid Strümpfe und Schuhe an und eilte ihm nach. Das Abenteuer machte ihr Spaß — wie leicht nicht mit Unrecht! — Ein König in seinem Reich! Er ging immer einen Schritt vor ihr her und bog die Zweige der Sträucher zurück, daß sie ihr nicht ins Gesicht schneideten; in zarter ritterlichster Weise war er um sie bemüht, bis sie den breiten geraden Hauptweg erreicht hatten.“

An einer Wegkreuzung, von der aus sie das Dorf steigen sah, blieb sie stehen; jetzt mußte sie wieder Abschied — und er sollte doch nicht wissen, wer sie war. Verabschiedend reichte sie ihm die Hand.

„Ich danke Ihnen nochmals, Herr Doktor, für Ihre Freundlichkeit.“

Mit festem Druck erfaßte er ihre Rechte. Doch einen Dankruf unterließ er.

Ihre Augenpaare ruhten ineinander, wie magnetisch angezogen eins vom andern.

Und dann bemerkte sie, was ihr bis dahin noch nicht aufgefallen war — ein schmaler glatter Reif blühte an vierten Finger seiner Hand — ein Verlobungs-

ring war es!

Ihre Wege trennten sich.

Sie blieb noch stehen, während er mit ehrerbietigem Gruß von ihr gegangen war.

Da drüben lag das väterliche Haus; weiß und vornehm blinkte es zwischen den Bäumen des Parks hervor. Weiter rechts die Fabrik, die vielen Hunderten von Arbeitern Brot gab. Eine schnurgerade Pappelumsäumte Landstraße führte nach dem Dorf, in dem alle diese Leute wohnten. Wie aus einem Spielzeugschachtel genontmen und sorgfältig in Reih und Glied aufgebaut, lagen die sauberen Häufchen da, jedes mit einem kleinen Gärtchen.

Alles ein Werk ihres Vaters!

Wie konnte da der Doktor Rehsfeld in einem solchen ironischen Ton von ihrem Vater reden — mit solcher Respektlosigkeit! Nachträglich fühlte sie sich gekränkt dadurch. Unwillkürlich blickte sie nach der Richtung, wohin er gegangen. Und da bemerkte sie noch zwischen den schlanken Buchenstämmen seine hohe Gestalt. Er hatte da wohl eine Weile gestanden, sonst hätte er ihren Blick längst verschwunden sein müssen.

Astrid glückte es, unbemerkt ins Haus zu kommen. Es wäre ihr nicht gerade erwünscht gewesen, von den Angehörigen in ihrer durch den Waldspaziergang mitgenommenen Kleidung gesehen zu werden. Von einem Diener erfuhr sie, daß die Herrschaften auf der Terrasse beim Frühstück säßen und daß man schon nach dem gnädigen Fräulein gefragt habe.

Ihre Jungfer kam ihr ganz unglücklich entgegen, sich mit Entschuldigungen abstützend.

„Ja, ja, schon gut, Allee Sie werden sich daran gewöhnen müssen, daß ich zuweilen früher als Sie aufstehe! — Ist das Bad bereit?“

Astrid hatte ihre Toilette beendet und ging, die Eltern zu begrüßen.

(Fortsetzung folgt.)

# Württembergischer Landtag

Das Sanierungsprogramm der Reichsregierung im Landtag.

Zum Landtag wurde gestern die Aussprache über die Bürgersteuer und die verschiedenen Anträge zum Sanierungsprogramm der Reichsregierung fortgesetzt. Der Abg. Keil (S.) brachte eine Lanze gegen die Nationalsozialisten und erklärte, die Belastung Deutschlands komme nicht von der Revolution und der sozialdemokratischen Politik, sondern vom verlorenen Krieg her. Die kommunistischen Anträge seien sinnlos. Die württ. Minister sollten um des guten Beispiels willen ihre Repräsentationsfonds kürzen. Als Staatspräsident Volz dazu den Zwischenruf machte, in Preußen seien die Repräsentationszulagen von der Kürzung ausgenommen, erwiderte Keil, daß dort die Ministergehälter um 20 Proz. gekürzt seien, worauf der Abg. Kühle (Z.) dazwischenrief, daß die preussischen Minister 30 000 Mark Gehalt haben. Den Abg. Dr. Hölcher nannte Keil das ungezogenste Mitglied im Landtag. Auf die weitere Polemik gegen die Nationalsozialisten verwies der Abg. Mergenthaler in einem Zwischenruf auf den „Sautal“ in Berlin. Der Abg. Joh. Fischer (Dem.) sollte der Reichsregierung Anerkennung. Er wünschte eine Isolierzelle für den Abg. Dr. Hölcher und empfahl den Beamtenverbänden eine maßvollere Sprache. Ministerialdirektor Fischer bat, die Beratungen über die Bürgersteuer zu beschleunigen, da die Gemeinden bis Ende November Bescheid haben müssen, wie sie die Steuerarten ausgeben haben. Der Abg. Bausch (C.D.V.) wünschte Befreiung der Erwerbslosen und der Kleinrentner von der Bürgersteuer und verlangte Sachlichkeit und Ritterlichkeit im politischen Kampfe. Wenn man alles in Grund und Boden hineinverdamme, so werde man nicht mehr ernst genommen. Finanzminister Dehlinger habe für die Sanierungsgeetze der Reichsregierung gestimmt und sich dadurch in Gegensatz zu seiner Partei gesetzt. Seine Haltung verdiene Anerkennung. Der Abg. Rath (D.V.P.) befragte die Bürgersteuer wie die Getränkesteuer im Interesse der Gemeinden und warnte vor einer weiteren Belastung des Volkes, da sonst die Wirtschaft erdrockelt werde. Nachdem dann noch die Kommunisten Bader und Fischer gesprochen hatten, wurde der Gesetzentwurf über die Bürgersteuer dem Finanzausschuß überwiesen, desgleichen der Entwurf einer neuen Landesgebührenordnung und der Entwurf einer Änderung zum Feldbereinigungsgesetz.

## Antrag auf Anerkennung des Abgeordnetenmandats von Dr. Bazille.

Wie schon in unserem letzten Landtagsbericht erwähnt wurde, hat die Deutschnationale Volkspartei Württembergs beim Landtagspräsidenten schriftlichen Antrag auf Anerkennung des Abgeordnetenmandats des Kultministers Dr. Bazille eingereicht und der Landtagspräsident hat diesen Antrag sofort dem Württ. Staatsgerichtshof überwiesen. In dem Schreiben, in welchem der Antrag der Deutschnationalen Volkspartei begründet wird, heißt es u. a.: „Auf Grund des Landeswahlvorschlages der Württ. Bürgerpartei wurde bei der im Mai 1924 stattgehabten Landtagswahl Dr. Bazille als Abgeordneter gewählt. Am 25. Juli 1920 trat Dr. Bazille mit, daß er aus der Partei austräte. Gemäß Artikel 7, Ziffer 6 des Landtagswahlgesetzes vom 4. April 1924 hat Dr. Bazille durch den Austritt aus der politischen Vereinigung, in deren Auftrag er von einer Wählervereinigung auf ihre Vorschlagsliste gesetzt wurde, seinen Abgeordnetenstatus verloren. Dr. Bazille bestritt den Verlust seines Abgeordnetenstatus. Es ist also streitig, ob Dr. Bazille das Recht der Mitgliedschaft verloren hat. Somit ist die Voraussetzung des § 14 Abs. 2 der Württ. Verfassung eingetreten, wonach in einem solchen Fall der Staatsgerichtshof zu entscheiden hat. Ich bitte deshalb, die Streitfrage dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung vorzulegen.“

## Der Neckardurchstich bei Heilbronn im Finanzausschuß genehmigt.

Wirtschaftsminister Dr. Maier berichtete gestern im Finanzausschuß über Verhandlungen mit den Amtskörperschaften Heilbronn und Neckarjulfm betr. die Uebernahme des Binienendienstes bis zum Jahre 1938 für ein Kapital von 3 1/2 Mill. Mark. Zwischen dem Reich und Württemberg sei ebenfalls ein Einverständnis erzielt worden. Darnach gibt das Landesarbeitsamt 750 000 Mark verlorenen Zuschuß. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten in Berlin gibt 3 Mill. Mark zu 5 Prozent. Diese werden 1938 von Württemberg und dem Reich übernommen und zwar im Verhältnis von 1:2. Weitere 2 Millionen gibt der württ. Staat zinslos. Die Neckar-N.G. hat ein Darlehen von 2 1/2 Mill. Mark bei Bürgerschaft des württ. Staates aufzunehmen. Das Reich zahlt im Jahre 1935 dieses Darlehen zurück, zuzüglich einer Million Mark an Zins. Ein Antrag der Abg. Bruckmann, Ulrich, Andre und Rath, der die Zustimmung zu den Regierungsvorschlägen enthält, wurde mit 9 Ja gegen 3 Stimmen (D.V.) bei einer Enthaltung angenommen.

# Aus Württemberg

## Der Württ. Städtetag für Arbeitszeitverkürzung und Preis-senkung.

Der Vorstand des Württ. Städtetags befaßte sich in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung eingehend mit dem in letzter Zeit in der Öffentlichkeit lebhaft erörterten Problem, die Arbeitslosigkeit in Deutschland durch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu bekämpfen. Er hat folgende an das württ. Wirtschaftsministerium gerichtete Entschließung gefaßt:

1. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich und als vorübergehende Maßnahme ist zu wünschen.
2. Neue Entlassungen sind deshalb nach Möglichkeit zu vermeiden, Ueberstunden zu beseitigen, Doppelverdiener zu entlassen.
3. Ein gesetzlicher Zwang ist abzulehnen; die Regelung soll vielmehr in freier Verständigung erfolgen.
4. Die Durchführung ist von den betriebstechnischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Einzelunternehmens abhängig. Kleinbetriebe scheiden deshalb in der Regel aus.

5. Die Arbeitszeitverkürzung ist nur dann von einigem Erfolg, wenn sie auf mindestens 40 Stunden erfolgt.

6. Die durch die Einstellung von Arbeitslosen eintretenden Ersparnisse (Wohlfahrtsverwehrlöse, Arbeitslosenunterstützungsempfänger) werden für Nothstandsarbeiten verwendet.

7. Hand in Hand mit der Arbeitszeitverkürzung müssen die Kleinhandelspreise, insbesondere auf dem Gebiet des notwendigen Lebensbedarfs gesenkt werden.

Der letzte Punkt dieser Entschließung — Senkung der Kleinhandelspreise — bildete den Gegenstand einer besonderen, eingehenden Aussprache, in der die Bedeutung dieser wirtschafts- und sozialpolitisch gleich dringlichen Maßnahme einmütig anerkannt wurde. Davon ausgehend, daß in der heutigen, für das deutsche Volk so überaus schwierigen Zeit es doppelt wichtig ist, die Lebensverhältnisse in wirtschaftlich begründeter Weise zu erleichtern, empfiehlt der Vorstand des Württ. Städtetags seinen Mitgliedern, jede Aktion der Reichs- und Landesregierung auf dem Gebiet der Preis-senkung zu unterstützen und in ihrem örtlichen Bereich auf eine Senkung der Kleinhandels- und Kleinverkaufspreise, soweit diese als überhöht anzusehen sind, mit allem Nachdruck hinzuwirken. Bei Durchführung dieser Maßnahme lehnt der Städtetag jeden Zwang ab.

# Aus Stadt und Land

Calw, den 27. November 1930.

## Aus dem Bezirksrat Calw.

In seiner letzten Sitzung hat der Bezirksrat folgende Beratungsgegenstände erledigt: Georg Koller, Landwirt, wird als Ortsagent der Oberamtsparkasse für die Gemeinde Stammheim aufgestellt. — Eine größere Anzahl aufgebotener Sparbücher wird für kraftlos erklärt. — Die Kapitalbriefverwahrung beim Jugendamt wird geregelt. — Gegen das Gesuch des Verkehrsverbands Neubulach, regelmäßige Fahrten zwischen Station Teinach und Calw an Markttagen ausführen zu dürfen, wird nichts erinnert. — Der Bezirksrat erklärt sich mit dem Ausscheiden der Nachbarschaftsstraße Althengstett-Hirsau aus der Verwaltung der Amtskörperschaft einverstanden. — Wegen der Uebernahme der im Zug der Staatsstraße Calw-Althengstett-Simmohheim auf Markung Althengstett gelegenen Nachbarschaftsstraßenrede durch den Staat sollen Verhandlungen eingeleitet werden. — Der Stadtgemeinde Calw wird zu den Kosten der Pflasterung der Ortsstraßentrecke Hotel Adler-Schlaunderer ein Beitrag von 4000 Mark bewilligt. — Die Gemeinden Althengstett, Bad Liebenzell, Simmohheim, Sonnenhardt, Bad Teinach und Unterreichenbach erhalten Beiträge zu den Kosten der Erweiterung bzw. Oberflächeneinrichtung von Orts- und Bezirksstraßen. — Der Amtsversammlung wird die Erhöhung des Beitrags an die Stadtgemeinde Calw für die höheren Schulen von 4000 Mark auf 7000 Mark vorgeschlagen. — Das Protokoll über die Uebernahme des ersten Teils der Kleinentalsstraße und die Kostenberechnungen werden vom Bezirksrat anerkannt. — Das Gesuch der Firma Thams und Garfs, Hamburger Kaffeelager in Calw, um Erteilung der Erlaubnis zum Branntweinfleinhandel wird abgewiesen. — Genehmigt wird die Uebertragung der Gastwirtschafts-erlaubnis auf Nebommlinge der jetzigen Betriebsinhaber in Alzenberg und Bad Liebenzell. — Das Gesuch der Firma Walter Luger, Lebensmittelgeschäft in Bad Liebenzell, um Branntweinfleinhandels-erlaubnis wird genehmigt.

## Beamtenabschied in Hirsau.

Am Samstagabend versammelten sich im Gasthof zum „Schwanen“ die Angehörigen des Finanzamts Hirsau zu einer Abschiedsfeier für den an das Finanzamt Stuttgart-Süd verlegten Steuersekretär Laiss, der seit 23. Juni 1920 hier tätig ist. Herr Laiss wird seinen Wohnsitz in Sillenbuch nehmen, wohin ihn die besten Wünsche seiner Kollegen und der sonstigen Einwohnerschaft begleiten.

## Aus den Parteien.

### Versammlung der Nationalsozialisten in Bad Liebenzell.

Im Auftrag der N.S.D.A.P., Ortsgruppe Bad Liebenzell, sprach der Nationalsozialist Werner aus Weimar über das Thema: „Die Reichstagswahl vom 14. September und die politische Lage von heute“. Trotz der schlechten Zeit waren viele Einwohner dem Ruf der Ortsgruppe in den Saal des Gasthofes zum Lamm gefolgt. Der Redner sah in dem Wahlausfall vom 14. September und an den Gemeindevahlen in Baden, Oldenburg und Danzig das Erwachen des jungen Deutschland. Dann führte er aus: Wo bleiben denn die großen Versprechungen der Nationalisten und des Zentrums, sehen denn diese Novembermänner einen Erfolg darin, daß sie zur Annahme der Notverordnung im Reichstag mitgeholfen haben? Scharf rechnete H. Werner mit den Parteimännern ab, die ins Land hinausposaunen, die N.S.D.A.P. sei staatsgefährlich. Ja, gefährlich ist die N.S.D.A.P., aber nicht dem Staat, sondern den Bonzen, Börsenjuden und Schiebern. Großes ist noch zu leisten und mit Hilfe des ehrlich schaffenden deutschen Volkes wird die N.S.D.A.P. ein neues, besseres drittes Reich aufbauen. Wir fordern Abbau der hohen und höchsten Gehälter. Die Gehälter der unteren und mittleren Beamten und der Arbeiter müssen ebenso unangetastet bleiben, wie die Invaliden-, Alters- und Beherrenrenten der Kriegsbekämpften und Kriegerhinterbliebenen. Bei Nationalsozialisten kommt es nicht vor, daß ein Oberbürgermeister Vöb wegen Unstimmigkeiten usw. als Strafe 30 000 Mark Pension erhält; für solche Fälle haben wir

Arbeit genug in den Steinbrüchen. Die N.S.D.A.P. wirbt um alle, ihr oberster Grundsatz ist: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

## Wetter für Freitag und Samstag.

Infolge der nördlichen Depression ist für Freitag und Samstag unbeständiges Wetter zu erwarten.

Gatterbach, 26. Nov. Am Sonntag wurde anlässlich der Totengedenkfeyer von der N.S.D.A.P. ein Kranz mit Parteschleife am Kriegerdenkmal niedergelegt. Behördlicherseits wurde die Schleife vom Kranz entfernt. Von Seiten der N.S.D.A.P. wird die Wiederanbringung verlangt.

Urnagold, 26. Nov. Als Vorkämpfer der Gemeinde starb im hohen Alter von 83 Jahren Schuhmacher Andreas Frey an Altersschwäche. Er war nie in seinem Leben krank gewesen.

Sebnitz, D.-A. Böblingen, 26. Nov. In der Sturmnacht auf den Sonntag ging auch über Sebnitz ein heftiger Gewitterregen nieder. Dabei konnte ein merkwürdiges Schauspiel beobachtet werden. Morgens gegen 4.30 Uhr senkte sich eine hell leuchtende Feuerkugel, ein sog. Kugelblitz, erst langsam, dann immer schneller in die Kleingasse herab. Etwa einen Meter über der Straße zerplatzte die kopfartige Blitzkugel funkenstrahlend, ohne jedoch Schaden anzurichten. Dieses unheimliche Feuerwerk wiederholte sich innerhalb einer Stunde noch dreimal in ähnlicher Weise. Die Kugeln verbreiteten ein helles, röthliches Licht und dröhren sich wirbelnd um ihre Achse, ehe sie in der Nähe des Erdbodens zer-sprangen.

Stuttgart, 26. Nov. Die Reichsbahndirektion teilt mit: Auf dem schienengleichen Staatsstraßenübergang Böblingen-Eningen stieß heute abend 17.10 Uhr ein Stuttgarter Personkraftwagen auf Zug 116 der Nebenbahn Böblingen-Sebnitz auf. Der Kraftwagen wurde 15 Meter geschleift und geriet später in Brand. Der Insasse blieb unverletzt. Der Bahnübergang ist mit einem Warnungskreuz versehen. Der Lokomotivführer hat die vorgeschriebenen Läute- und Pfeifsignale gegeben.



# Denken Sie an die Kinder!

Weihnachten ist das Fest der Kinder. Jetzt werden die Wunschzettel zusammengestellt. Bringen Sie sich den Müttern rechtzeitig in Erinnerung. Werben Sie durch die Anzeige im Calwer Tagblatt. Jetzt ist es an der Zeit,

Beßingen, 26. Nov. Gestern abend gegen 9 Uhr loderte auf bisher noch unaufgeklärte Weise in der mit dem Wohn- und Wirtschaftsgebäude zusammenhängenden Scheune des Gasthofes zum „Hirsch“ (Wesiger Henschler) Feuer auf, das in den dort aufgespeicherten Vorräten gute Nahrung fand und die Scheune selbst in Asche legte. Das Feuer griff auch auf das Wohnhaus über und zerstörte dort im Verein mit dem Wasser den Dachstuhl. Der übrige Teil konnte durch das tapfere Eingreifen der Beßinger Wehr und der herbeige-eilten Wechellinie von Nagold gerettet werden.

Stuttgart, 26. Nov. Der Gesamt-gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dem Gründer des deutschen Bausparwesens, Gemeinderat Georg Kropp hier, das Ehrenbürgerrecht der Gesamtgemeinde Weßlingen zu verleihen. Unter Hintanhaltung aller persönlichen Vorteile hat er sein überaus reiches Wissen und Können, sein Vermögen und Einkommen immer in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und sich unablässig bemüht, die Gemeinde Weßlingen wirtschaftlich zu heben. Dieses uneigennützig Verhalten rechtfertigt in hohem Maße die erwiesene Ehre.

# Geld-, Volks- und Landwirtschaft

## Berliner Briefmarken.

100 holl. Gulden	168,97
100 franz. Franken	16,49
100 schweiz. Franken	81,28

## Börsenbericht.

Stuttgart, 26. Nov. Die Börse lag heute wieder schwächer. Besonders starke Verluste erlitt der Kurs der Deutschen Vinoleumwerke.

## L. C. Berliner Produktenbörse vom 26. November.

Weizen, märkischer 250—251; Roggen, märkischer 147 bis 149; Gerste 192—214; Futtergerste 174—182; Hafer, märkischer 137—146; Weizenmehl 29—37,25; Roggenmehl 23,50 bis 26,75; Roggenkleie 8,50—9; Raps 8,25—8,75; Viktoriaerbsen 25—31; kleine Speiseerbsen 24—26; Futtererbsen 19—21; Peluschken 19—20; Ackerbohnen 17—18; Widen 17—20; Raps-tuchen 8,50—9,50; Leintuchen 15—15,30; Trodenjähnel 5,40 bis 5,90; Sopschrot 13,50—13,80. Allgemeine Tendenz: Ruhig.

## Weilbacher Marktbericht.

Zufuhr: 85 Stück Milchschweine. Preis: 28—52 Rm. pro Paar. Handel gedrückt, Preise fest.

## Calwer Wochenmarkt.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffeln, Dedden-pronner, 4,50 M, Wirsing 12, Weißkraut 8, Rotkraut 12, gelbe Rüben 10, Zwiebeln 7—10, Spinat 25—30 Pfennig je das Pfund; Kopfsalat 7—8, Rosenkohl 20—25, Blumenkohl 15 bis 65, Endivien 10—15, Sellerie 10—20 je das Stück, Äpfel 25—35, Birnen 35, Walnüsse 50—60, Trauben 40—80 Pfg. je das Pfund; Tafelbutter 2 M, Landbutter 1,60—1,70 M, Eier 14—16 Pfg.



**MAGGI'S**  
Suppen  
sind Qualitätsware.

Kennzeichen:  
Der Name MAGGI und  
die typische gelb-rote Packung.

# Amtl. Bekanntmachungen Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Markung Alzenberg belegene, im Grundbuch von Alzenberg, Heft 53 a Abteilung I Nr. 2, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des

**Friedrich Schuls**, Kammacher in Alzenberg, und seiner Ehefrau **Anna Maria**, geb. Weik, Gesamtgut der allgemeinen Gütergemeinschaft des VGB.,

eingetragene Grundstücke  
Geb. Nr. 77: Wohn- und Fabrikgebäude 67 qm  
bedeckte Freitreppe 06 qm  
Hofraum 90 qm

1 a 63 qm

oben im Dorf, als Kammfabrik eingerichtet, gemeinderätliche Schätzung vom 18. November 1930:

für das Grundstück 9000 RM.  
für das Zubehör (Maschinen usw.) 5000 RM.

am **Mittwoch, den 14. Januar 1931**  
vormittags 10 Uhr

auf dem Rathause in Alzenberg versteigert werden.  
Der Versteigerungsvermerk ist am 28. Oktober 1930 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Calw, den 25. November 1930.

Kommissär: Bezirksnotar Grathwohl.

## Todes-Anzeige

Römer 8, 18



Unser himmlischer Vater hat gestern abend sein Kind, unsern geliebten Sohn und Bruder

### Udalbert

nach langem, schweren Leiden im Alter von 16 Jahren in die obere Heimat abgerufen.

In tiefem Weh

Familie Missionar Dönges.

Hof Waldeck, den 27. November 1930.

Beerdigung findet am Samstag Nachmittag um 1/4 Uhr vom Missionshaus in Liebenzell statt.

Trauer Gottesdienst im Saal d. Missionshauses

## Stammheim

Im Wege der  
**Zwangs-**  
**vollstreckung**

versteigere ich am **Freitag**, den 28. Nov. ds. Js. vorm. 10 Uhr gegen bare Bezahlung:

1 Motorrad „Kof“ 248 ccm gebraucht.

Zusammenkunft b. Rathaus

Weidenbach  
Gerichtsvollzieher  
beim Amtsgericht Calw

## Calw

Im Wege der  
**Zwangs-**  
**vollstreckung**

versteigere ich am **Samstag**, den 29. Nov. ds. Js. vormittags 9 Uhr gegen bare Bezahlung:

1 Elektromotor 1 PS.

Zusammenkunft unter dem Rathaus

Weidenbach  
Gerichtsvollzieher  
beim Amtsgericht Calw

# 95 Tage 95 Pfg.

## Preise haben das Wort

- |   |  |
|---|--|
| 2 Pfd. Sultaninen . . . 95 Pfg.         | 8 Stück Toilettenseife . . . 95 Pfg.       |
| 3 Pfd. Reis schneeweiß . . . 95 Pfg.    | 6 Doppelstück Kernseife . . . 95 Pfg.      |
| 3 Pfd. Zwetschen . . . 95 Pfg.          | 2 Paket Zündhölzer                         |
| 2 Pfd. Eier-Makkaroni . . . 95 Pfg.     | 1 Pfd. Paket Malzkaffee } zus. 95 Pfg.     |
| 2 Pfd. Eier-Gemüsenudeln . . . 95 Pfg.  | 3 Paket Backpulver                         |
| 6 Schachteln Streichkäse . . . 95 Pfg.  | 6 Paket Vanillinzucker                     |
| 4 Dosen Oelsardinen . . . 95 Pfg.       | 1/2 Pfd. Kaffee-Kornmischg. } zus. 95 Pfg. |
| 1/2 Dose Erbsen . . . } zus. 95 Pfg.    | 1 Pfd. Tll. Blockschokolade 95 Pfg.        |
| 1/2 Dose Karotten . . . } zus. 95 Pfg.  | 2 Pfd. Kokosflocken } zus. 95 Pfg.         |
| 5 Dosen grüne Erbsen . . . 95 Pfg.      | 1/4 Pfd. Kakao . . . } zus. 95 Pfg.        |
| 4 Rollen Butterbrotpapier . . . 95 Pfg. |  |
| 1 Pfd. Paket Malzkaffee } zus. 95 Pfg.  |  |
| 3 Rollen Cichorie . . . } zus. 95 Pfg.  |  |

## Thams & Garfs, Niederlage Calw.



Viele

# 100

schöne Sachen kann man aus Crepette machen!

Am 1. Dezember abends 8 Uhr veranstalte ich im Weis'schen Saale einen

**kostenlosen**

## Crepette-Lehrkursus

zu dem ich sämtliche Damen und jungen Mädchen freundlichst einlade.

Es werden hier die neuesten Handarbeitstechniken von einer Kunstgewerblerin vorgeführt

### Buchhandlung Ernst Kirchherr.

Beachten Sie meine Schaufenster.  
Diese Anzeige gilt als Einladung!

Altbulach, den 26. November 1930.

## Dankagung



Für die Hilfe und vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und b. Hinscheiden unseres lieben Heimgegangenen

### Jakob Wurster

sagen wir hiermit allen innigen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Schön garnierte  
**Adventskränze**  
und **Ständer**  
empfehlen  
Philipp Maft

**Deckenproben**  
Im Wege der  
**Zwangs-**  
**vollstreckung**

versteigere ich am **Freitag**, den 28. Nov. ds. Js. vorm. 12 Uhr gegen bare Bezahlung:

1 Nähmaschine Siower bereits neu.

Zusammenkunft b. Rathaus Weidenbach  
Gerichtsvollzieher  
beim Amtsgericht Calw

150—200 weihnannene  
**Weihnachts-**  
**Bäume**

verschiedene Größen,  
süß zu kaufen  
Philipp Maft.

Auch kleine Partien werden berücksichtigt.



**Haaruhretten**  
modern und preiswert  
Friseur Obermatt.

## Die Lager sind gefüllt!

Die ortsansässige Geschäftswelt hat auf Weihnachten groß eingekauft, um allen Bedürfnissen der Kundschaft gerecht zu werden. **Reiche Auswahl, gute Qualitäten und billige Preise** sollen jedem die Beschaffung eines schönen und nützlichen **Weihnachtsgeschenkes** ermöglichen. Deshalb gilt es, sich zuvor am **Platz** umzusehen, ehe man nach auswärts fährt. Alle Waren können unverbindlich und ohne Kaufzwang besichtigt werden.

## Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw

Am Samstag und Sonntag

halte ich

## Mehel-Suppe



und lade hierzu höflichst ein

Hermann Giebenrath zur Post

Altbulach

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 29. November 1930, im Gasthaus zum „Hirsch“ stattfindenden

## Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen

Matthäus Volk, Zimmermann  
Sohn des Johannes Volk

Anna Maria Volk  
Tochter des Peter Volk in Cannstatt  
Kirchgang 1 Uhr in Altbulach

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 29. Nov. 1930, im Gasthof zur „Sonne“ in Bad Liebenzell stattfindenden

## Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

Reinhold Schaal, Stuttgart-Bohmang

Frida Kern, Bad Liebenzell

Kirchgang 1 Uhr

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen zu wollen

## Sofa

mit Umbau, dunkelblau wie neu, umständehalber billig zu verkaufen.

Näheres Bahnhofsstr. 42 rechts II. Stock.

Schönen  
**Endivien**  
Stück 10 Pfg.  
empfiehlt

Chr. Hägele

## Fischtran

empfiehlt

K. Hauber

## Erikotreste

in viel. Farben, auch feidene

**Flickreste**

für Eisenbahnwäse sind eingetroffen.  
Sofa Binder, Zwinger 41

## Puppen

jeder Art

repariert

Puppenklinik

Odermatt.

Schöne  
**Wäschekleider**  
per Stück 4,5 m  
von Mk. 1.25 an

sowie  
**Damenwäsche**  
und **Taschentücher**  
in schöner Ausführung  
empfiehlt

Clara Hennesarth  
Singerstraße

Wollen Sie ein neues  
**Chaiselongue** für Ihr  
gebraucht. Sofa haben?

bei Fr. Hennesarth,  
Volkmersdellager.

## Billiger Serienverkauf in Mänteln für Herren und Knaben

Um jedermann den Kauf eines Mantels zu ermöglichen, bringe ich einen Posten Mäntel zu folgenden Serienpreisen zum Verkauf:

- Knabenmäntel 10.—, 15.—, 20.— M
- Durschenmäntel 10.—, 20.—, 30.—, 40.— M
- Herrenmäntel 10.—, 20.—, 30.—, 40.—, 50.—, 60.— M
- Dunkle Heberzieher mit Samtkragen 35.—, 45.—, 50.— M
- Lodenmäntel 20.—, 25.—, 30.— M
- Summimäntel 10.—, 15.—, 20.— M

Ich bitte um Besichtigung ohne jeden Kaufzwang.

**Paul Kuchle, am Markt, Calw**

Ersehnung  
Täglich mit  
der Sonn-  
Anzeige  
a) im Anz  
die Seite 20  
b) im Re k  
die Seite 65  
Auf Sam  
kommen 5  
Für Plat  
kann kein  
übernomm  
Gericht  
für beide  
Nr 27  
Die  
Reine S  
= Berli  
regierung geg  
eingegangen.  
einmal werde  
gegen die deu  
von Einzelbe  
weist das Do  
heit hin, die  
weisse die U  
usw. vorgeno  
Das Reich  
die Haupttag  
bringen und  
des Völkerbu  
In Berlin  
schlus des R  
in Genf sei b  
erftenmal sch  
aus eine A  
Deutschland  
schlossen habe  
es aufrichtig  
rufung ei  
Völkerbunds  
der ordentlic  
acht Wochen  
in der inter  
neuen aktuell  
Erbitterung  
sien diesseit  
wesen, um  
die Bedeutung  
Der A u s  
Dienstag, der  
werden voran  
sien zur Spr  
Min  
Reichsinn  
des preußisch  
geben. Er  
sichtigsten M  
zur Verhau  
Bernstor  
au  
E. L. Genf,  
mit 14 Stim  
liens, Sowje  
tikel EA in  
sichen Abord  
gen o m e  
„Das geg  
ner Weise die  
tragen herrl  
Staaten eine  
gen angenom  
pflichtungen  
schließenden  
letzte Grenze  
Sinnbild auf  
Aufrechterhal  
haltung des  
Der Antr  
Regierungen,  
schuß mit 12  
Rußland, der  
Die Verh  
begannen mit  
Bestimmung  
zu überweiss  
gegen diesen  
Frage aus de  
sei rein polit  
rüstungsabfo  
der Vorschlag  
In der un  
französischen  
ab. Die fran  
kommen nur  
Friedensvert